



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE



economiesuisse

Medienmitteilung

Einseitiges Vorgehen der Steuerverwaltungen

Zu den aktuellen Verhandlungen über den Lohnausweis zwischen Kantonen und Wirtschaft

Mit Überraschung haben economiesuisse und Arbeitgeberverband vom einseitigen Beschluss der Schweizerischen Steuerkonferenz der Kantone (SSK) Kenntnis genommen, den neuen Lohnausweis in der jetzigen Form, die nur einem provisorischen Verhandlungsstand entspricht, ab 2005 freiwillig und ab 2006 obligatorisch einführen zu wollen. Dieses Vorgehen erstaunt, weil die Wirtschaft den Behörden kürzlich signalisiert hat, dass man kurz vor dem Ziel einer Einigung stehe, aber noch offene Fragen zu besprechen seien.

Nachdem die Wirtschaft das damalige Projekt im Rahmen der Vernehmlassung im Frühling 2004 klar abgelehnt hatte, hat sie im vergangenen Sommer kompetent und speditiv an Verbesserungen des neuen Lohnausweises mitgewirkt. Dies auf expliziten Wunsch der SSK, die an ihrem ambitiösen Fahrplan trotz zahlreicher Differenzen festhielt. Wie es in Verhandlungen üblich ist, müssen verhandelte Ergebnisse von den entsprechenden Entscheidungsgremien mitgetragen werden. Dabei hat die SSK zugesichert, dass sie den Entscheidungsprozess seitens der Wirtschaft berücksichtigen werde.

Auf der Basis der Verhandlungsergebnisse des vergangenen Sommers hat sich nun gezeigt, dass die Entscheidungsgremien von economiesuisse, Gewerbeverband und Arbeitgeberverband die grossen Fortschritte anerkennen, jedoch das Gesamtergebnis noch nicht akzeptieren können. Dies wurde in einem gemeinsamen Brief an die SSK und die kantonale Finanzdirektorenkonferenz Mitte September kundgetan. Insbesondere bestehen noch Unsicherheiten bezüglich der Behandlung der existierenden Spesenreglemente sowie materielle Differenzen, speziell beim allfälligen Privatanteil des Geschäftsautos.

Der vorzeitige Beschluss der kantonalen Steuerverwaltungen - so kurz vor einer möglichen Einigung - stösst auf Unverständnis. Dies müsste sich kontraproduktiv auf die Bereitschaft der Unternehmen auswirken, die neuen Regelungen umzusetzen. Derart wichtige Entscheide, die alle Mitarbeiter und Arbeitgeber betreffen, dürfen nicht einfach der Verwaltung überlassen werden. Deshalb nimmt die Wirtschaft das Gesprächsangebot der kompetenten politischen Behörde, nämlich der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, gerne an. Ziel ist, die letzten Ungereimtheiten zu lösen, damit ein politisch vertretbares Ergebnis erreicht wird, hinter dem alle wichtigen Partner stehen können. Nur so wird sichergestellt, dass die neue Lösung von der Basis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstanden und mitgetragen wird.

Schliesslich erwartet die Wirtschaft, dass die hängigen politischen Vorstösse zum Lohnausweis – insbesondere die in der Herbstsession noch bevorstehende parlamentarische Initiative Gysin – angenommen werden. Das Parlament würde damit gegenüber den kantonalen Steuerbehörden ein klares Zeichen setzen.

Zürich, 5. Oktober 2004

Rückfragen:

Pascal Gentinetta, economiesuisse, 01 421 35 35